

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 15.02.2007**

öffentlich

Ort: Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4

Zeit: 16:00 Uhr bis 18.40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	stimmb.Mitgl.	
Frau Heike Wießner	„	
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Gertrud Ewert	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Frau Elke Schwabe	„	bis 17.00 Uhr anwesend
Frau Dr. Regine Stark	„	ab 16.30 Uhr anwesend
Frau Petra Meißner	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Herr Dr. Peter Piechotta	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	berat.Mitglied	
Frau Renate Leonhard	„	
Herr Max Privorozki	„	i.V. Frau Wahl bis 17.30 Uhr anw.
Frau Peggy Rarrasch	„	
Herr Lothar Rochau	„	
Herr Sarunski	„	
Frau Dagmar Szabados	„	von 17.00 bis 18.00 Uhr anwesend

Entschuldigt fehlen:

Herr Gebauer	beratend.Mitgl.	
Herr Herbert Jomrich	„	entschuldigt
Frau Petra Schneutzer	„	entschuldigt
Frau Dr. Christine Slomka	„	entschuldigt
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2007
- 4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Vorlage: IV/2007/06261
- Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70
- 4.1.1 Vorlage: IV/2007/06283
- .
- 5. Bericht zum Stand der Umsetzung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter
- 6. Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der ARGE SGB II Halle GmbH (ARGE) und dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle im Rahmen des SGB II und des SGB VIII
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 9. Anregungen
- 10. Mitteilungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Frau Hanna Haupt eröffnete die Kinder- und Jugendsprechstunde.

Vom **Kinder- und Jugendrat** waren **zwei Vertreter** erschienen, welche nach dem Stand der Entwicklung „Erhalt eines zentralen Kinderbüros“ nachfragten.

Herr Rochau antwortete, dass mit den Franckeschen Stiftungen für gestern ein Termin anberaumt war, welcher durch die Franckeschen Stiftungen kurzfristig abgesagt und auf März vertagt wurde. Zwischenzeitlich wurden Gespräche mit dem Kinder- und Jugendrat als auch der zuständigen Mitarbeiterin zum gegenwärtigen Stand geführt.

Der Kinder- und Jugendrat wird über das Gesprächsergebnis informiert werden, sobald dies im März stattgefunden hat.

Da keine weiteren Jugendlichen erschienen waren wurde die Sprechstunde beendet.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Durch Herrn Godenrath wurde angesprochen, dass er die Einladung nicht fristgerecht erhalten hat.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass die Einladung fristgerecht versendet wurde, nur die Unterlagen zum Haushalt wurden verspätet nachgesendet, was auf der Einladung bereits vermerkt worden ist.

Es gab keine weiteren Einwände.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest. Sie sprach an, dass zum Haushalt noch eine Vorlage durch die Verwaltung nach versendet wurde, welche als Punkt 4.1.1. im Zusammenhang mit dem Haushalt anzusehen ist.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 11.01.2007**

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 **Vorlagen**

4.1. **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005** **Vorlage: IV/2007/06261**

Frau Hanna Haupt begrüßte zwei Vertreter von ZGM, welche zu diesem TOP mit anwesend sein werden. Falls Anfragen zu Mieten und Bewirtschaftung kommen, werden die Vertreter hierzu antworten.

Herr Rochau machte eine Einführung zum Haushalt des Fachbereiches. Es sind zusätzliche Einnahmen entstanden, welche durch Mehreinnahmen im Unterhaltsvorschuss als auch KITA-Bereich entstanden sind. Durch die Umstrukturierung gab es beim Kinder- und Jugendschutzzentrum Klosterstraße eine Veränderung. Bisher war dies eine kosten rechnende Einrichtung. Ab 2007 gehört die Einrichtung zum Bereich Controlling. Die Personalkosten FB 51 verringern sich insgesamt um 745.600 € durch künftig wegfallende Personalstellen auf Grund Altersteilzeit u.ä. Die laufenden Miet- und Bewirtschaftungskosten erhöhen sich gegenüber dem Jahr 2006 um 32.000 €. Durch ZGM erfolgt eine Anpassung der Betriebskosten. Zusätzlich wurden 270.000 € aus Betriebskostenabrechnung von 2005 eingeplant, 200.000 € sind hier für KITA's des Eigenbetriebes in Rechnung gestellt worden. Bei den Ausgaben zur KITA-Betreuung wurden gegenüber den Ausgaben von 2006 1.674.100 Mio € + Erhöhung von 66.500 € (lt. vorliegender Beschlussvorlage) auf Grund der steigenden Kinderzahlen mehr eingeplant – insgesamt eine Erhöhung um 1.740.600 €. Vom Land kommen hierfür 1 Mio € mehr an Zuweisungen. Laut Bedarfs- und Entwicklungsplanung 2007 wurden 638 Plätze mehr geplant als 2006.

Der Konsolidierungsbetrag im HzE-Bereich 2007 macht 2,0 Mio € aus. Im Bereich KITA-Ermäßigung UA 4550 sind Mehrausgaben von 225.400 € geplant. Die Gesamtausgaben entsprechend § 90 SGB VIII – Ermäßigung KITA-Beitrag – betragen damit 3,1 Mio € ; davon entfallen 1,5 Mio € auf den EB KITA.

Im Unterhaltsvorschussbereich werden für Leistungen an Berechtigte auf Grund gesteigerter Fallzahlen 125.900 € mehr eingeplant. Die Mittel für Familienförderungsmaßnahmen (1/3 der Einnahmen nach § 7 UVG) werden ressourcenorientiert aufgeteilt. Sachausgaben im Bereich Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Verwaltung werden um 90.000 € gesenkt. Hier sind anteilig alle Unterabschnitte der Verwaltung betroffen.

Im Bereich Förderung Freier Träger (UA 4750) wurde bereits im Rahmen der Prioritätensetzung die Aufteilung des Haushaltsansatzes in Höhe von 2,8 Mio € schwerpunktmäßig beschlossen. Hier ist die Beschlusslage klar.

Herr Rochau informierte darüber, dass heute erste Verhandlungen mit der Interessengemeinschaft KITA zur neuen Richtlinie für KITA's erfolgten. Die Verwaltung bemüht sich, die Verhandlungen bis Ende des I. Halbjahres 2007 abzuschließen, damit im II. Halbjahr 2007 alles über die entsprechenden Gremien beschlossen werden kann. Die

Richtlinie soll ab 2008 wirksam werden. Dies betrifft 34 Träger von KITA'S. Herr Rochau hob hervor, dass durch die Freien Träger eine gute Vorarbeit zum Entwurf der Richtlinie erfolgte.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darum gebeten, dass die Ausführungen zum Haushalt des FB in einer Übersicht dargestellt und der Niederschrift angehängt werden.

Die Verwaltung sagte dies zu.

Frau Hanna Haupt rief zu allgemeinen Anfragen auf.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) woraus die Betriebskostennachzahlungen resultieren. Erfolgt hier mal eine Gegenrechnung, wie dies bereits im FB Schule mal durchgeführt wurde, so dass eine Einsparung von Betriebskosten und evtl. Umlenkung in Sachkosten erfolgen könnte.

Vertreter ZGM: Eine nachvollziehbare Betriebskostenabrechnung ist erst im Wirtschaftsjahr 2005/06 möglich. Die Vorauszahlungen basierten auf Schätzwerten von 2004 zu 2005. Durch den Geschäftsbereich Zentraler Service muss eine Grundsatzentscheidung hinsichtlich der Verrechnung erfolgen. Es wird noch darüber beraten, ob ein Ausgleich pauschal oder auf die Fachbereiche aufgeteilt erfolgen soll. Die Stadt hat Pauschalverträge bei den Posten Elektroenergie und Reinigung langfristig, welche durch die Stadtwirtschaft angepasst werden. Zu den Müllkosten wird eine Aufnahme durch die Hausmeister erfolgen, um eine Bereinigung dieses Postens durchführen zu können. Es wird einen Wettbewerb geben, da die Gebäude nicht gleich gesetzt werden können. Die Gebäude haben unterschiedliche Voraussetzungen wie Wärmedämmung, neue Fenster etc. Durch ZGM wird demnächst ein Energiebericht vorgelegt werden.

Herr Rochau wies darauf hin, dass die sachliche Ebene der Betriebskosten nicht durch die Fachbereiche geprüft werden kann. Von besonderem Interesse sind die unterschiedlichen Kindertagesstätten, da hier große Nachforderungen für Betriebskosten vorliegen.

Vertreter ZGM: Sie bieten an, gemeinsam mit Herrn Kreisel vom EB KITA nach Einsparpotentialen zu sehen. Es soll ein Pilotprojekt mit 4-5 KITA's geben, mit der Option Potentiale zu ermitteln.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass bspw. eine gewährte KITA-Ermäßigung noch nicht automatisch nach sich zieht, dass diese Familie ein HzE-Fall ist. Haushaltsmäßig wird dies aber in dem UA 4550 eingeordnet. Nach dem Kostenverursacherprinzip würde dies in den UA 4640 gehören. Im HzE-Bereich wird konsolidiert. Bei der KITA-Ermäßigung ist ein starker Aufwuchs zu verzeichnen. Wenn die Zuordnung zum UA 4640 berücksichtigt würde, wäre der Konsolidierungsbeitrag höher. Warum wird dies im UA 4550 zugeordnet.

Frau Dorit Schmidt (HH-Controllerin GB V) antwortete, dass dies im Zusammenhang mit der GemHVO zu sehen ist. Im UA 4640 werden Ausgaben/Einnahmen für den Betrieb von KITA veranschlagt. Eine KITA-Ermäßigung ist eine Einzelfallhilfe und gehört in den UA 4550. Die Konsolidierungsblätter, die den Jugendhilfeausschuss tangieren, werden jetzt ausgeteilt. Hier ist vom derzeitigen Stand auszugehen. Dort sind die Maßnahmen zur Jugendhilfe enthalten. Im Textteil sind die Haushaltsstellen eindeutig dargestellt. Kita-Ermäßigung wird dort nicht betrachtet. Es sind 2 Mio € im HzE-Bereich an Konsolidierung zu erbringen.

Frau Hanna Haupt rief die einzelnen Unterabschnitte zur Diskussion auf.

UA 4070 – S. 379

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob es bei den Posten „Wartung Hardware und Aus- Fortbildung“ Einsparungen gab, da hier Null-Ausgaben stehen.

Frau Schneider (FB 51) antwortete, dass die Hard- und Software als Sammelnachweis ab 2007 beim FB DV-Koordination geführt wird. Bei der Aus- und Fortbildung erfolgte eine Reduzierung des Ausgabeansatzes.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)** zu den Personalkosten, da gegenüber 2006 ein Rückgang von vier Planstellen erfolgte. Entspricht dies dem aktuellen Stand.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob real durch Altersteilzeit Kosten eingespart werden.

Frau Schneider antwortete, dass im UA 4070 149.200 € eingespart werden. Dabei wurde bereits die Personalkostensteigerung, welche 2007 ansteht, bei den Kosten berücksichtigt.

Die Verwaltung sagte zu, dass die Zahlen zu den Personalkosten für den FB insgesamt als Blocksumme der Niederschrift aufbereitet angehängt werden.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)**, ob bei den Ausgaben-Einnahmen der Bewirtschaftung jetzt ein neuer Ansatz besteht.

Vertreter ZGM: Für 2007 muss dies vorgelegt werden. Die Zahlen vom Bewirtschaftungsjahr 2005 liegen aber erst später vor.

Frau Schneider wies darauf hin, dass hierbei beachtet werden muss, welche Objekte im Jahr 2005 durch den FB genutzt und bewirtschaftet wurden. 2006 gab es Veränderungen bei der Anmietung von Objekten.

Durch die Sozialraumorientierung wurden Objekte aufgegeben bzw. kamen andere wie bspw. der Ernst-Haeckel-Weg 10a dazu.

UA 4510 – S. 406

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4520 – S. 407

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Nutzungsgebühren in Höhe von 26.100 €, vorher war dies bei Null.

Frau Schneider antwortete, dass ab 2007 die Nutzung der Schulsporthallen als interne Verrechnung erfolgt. Gemäß Sportstättenentgeltsatzung i.d.F. vom 23.05.2001, Anlage Ziffer 2, wird die Nutzung von Sportstätten stundenweise berechnet.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Freien Träger und gemeinnützige Einrichtungen einen höheren Stundensatz als Sportvereine haben.

Anfrage durch ein beratendes Mitglied, ob diese Nutzungsgebühr eine Kann-Bestimmung ist.

Herr Rochau antwortete, dass ab 2007 die Sporthallennutzung bezahlt werden muss und diese Leistung auch als Priorität durch den Fachbereich angesehen wird (Bsp.: Mitternachtssport Streetwork).

Es wurde die Bitte geäußert, dass die bestehende Vereinbarung hierzu der Niederschrift angehängt wird. Dies wurde durch **die Verwaltung zugesagt**.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Leistungen Jugendhilfe, ist dies das Handgeld Streetwork?

Herr Rochau antwortete, dass pro Streetworker monatlich 50€ Handgeld zur Verfügung stehen. Dies wird bspw. für Arztbesuche, Verpflegung in Notfällen verwendet.

Herr Rochau verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage : HH-Plan 2007- Änderung zur Planversion 70 in den UA 4520 und 4640. Die Veränderung ist haushaltsneutral. 100.000 € werden als Zuweisungen vom Bund zweckgebunden im Rahmen des Lokalen Aktionsplan (LAP) vereinnahmt und ausgabeseitig für Projekte gegen Rechtsextremismus, also unter Ausgaben LAP, verwendet. Im UA 4640 werden die Ausgaben um 66.500 € erhöht. Diese Zuschusserhöhung resultiert aus dem Stadtratsbeschluss vom 31.01.2007 zur Anpassung der Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten sowie aus dem Wirtschaftsplan des EB KITA . Über diese Vorlage muss noch abgestimmt werden.

UA 4530 S. 408

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4550 – S. 409

Durch ein Mitglied (StR) wurde angesprochen, dass der HzE End-Bericht 2006 fällig ist. Dieser sollte zur nächsten Sitzung vorgelegt werden, damit dies transparent ist. Da heute der Haushalt als 1. Lesung angesehen wird, kann dies im März dargestellt werden.

Herr Rochau antwortete, dass die Eckwerte benannt werden können, aber ein abschließendes Rechnungsergebnis noch nicht bestätigt vorliegt.

Es wurde auf einen ausführlichen HzE-Bericht im März bestanden .

Frau Schneider nannte die Zahlen lt. vorläufigem Rechnungsergebnis 2006:
UA 4550 Ausgaben ohne die Ermäßigung KITA: 16.728.234 €.
UA 4560 Ausgaben von 1.907.540 €. Beide UA sind ein Deckungskreis.

UA 4551 – S. 410

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4552 – S. 411

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4560 – S. 412

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4570 – S. 413

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zu den Fallzahlen.

Die Verwaltung sagte zu, diese mit beim HzE-Bericht im März vorzulegen.

UA 4600 – S. 414

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4601, 4603, 4608 keine Unklarheiten.

UA 4609 – S. 418

Hier gab es keine Anfragen.

UA 4613 - S. 419/420

Herr Rochau verwies auf seine Worte hierzu am Anfang, dass es sich um eine ehemals kosten rechnende Einrichtung handelt. Das Konzept wurde verändert und es wurde jetzt haushaltsmäßig angepasst.

Frau Schneider sprach an, dass die Einrichtung bisher aus Entgelten über Pflegekostensätze aus dem HzE-Haushalt finanziert wurde (Buchungstechnische Verrechnungen zwischen den UA 4550/4560 in der Ausgabe und UA 4613 in der Einnahme). Tatsächlich war das KJSZ aber nur punktuell ausgelastet, Inobhutnahmen können nicht geplant werden. Die Veränderung basiert deshalb auf dem Rechnungsergebnis von 2005, da die Einnahmen über Pflegekostensatz nie in geplanter Höhe realisiert worden sind. Der Haushaltsansatz HzE 2007 wurde um 377.000 € reduziert, also um genau den Betrag, der lt. Rechnungsergebnis 2005 die UA 4750/4560 belastet hat und im UA 4613 über Verrechnung einnahmeseitig gebucht worden ist – siehe HH-Stellen: 1.4613.111000 und 1.4613.157200. Diese Veränderung ist haushaltsneutral. Jetzt ist das KJSZ losgelöst vom Bereich HzE, ist kein Heim mehr sondern macht nur noch Inobhutnahmen.

Anfrage durch **ein Mitglied (StR)** zur Verzinsung des Anlagekapitals, wo sind diese Kosten 2006.

Frau Schneider antwortete, dass dies kalkulatorische Kosten waren, diese sind haushaltsneutral gesamtstädtisch zu sehen. Da das KJSZ keine kosten rechnende Einrichtung mehr ist, sind diese Kosten nicht mehr mit zu planen.

Durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** wurde angemerkt, dass Inobhutnahmen nicht kostenneutral vorgehalten werden können. Vor einiger Zeit wurde vereinbart, dass auf die Verweildauer und Belegung geachtet werden soll. Ziel ist es, schnellstmöglich in eine kostengünstigere Einrichtung zu verlegen oder in die Familie zurück zu führen. Dies bitte auch dem HzE-Bericht beifügen.

Frau Heder sprach an, dass mit dem Beschluss zur Krisenintervention die Heimgruppen im KJSZ beendet wurden. Ein Bericht 2006 gegenüber 2005 hierzu kann nachgeholt werden.

UA 4640 – S. 421

Frau Schmidt sprach an, dass hier noch ein Ergänzungsantrag zur beschlossenen BEP dazu gehört.

Herr Rochau ergänzte, dass in der vorliegenden Planversion 70 noch keine Anpassung an die realen Kinderzahlen im EB KITA berücksichtigt wurden. Dies erfolgt jetzt mit der vorliegenden Beschlussvorlage – HHplan 2007 – Änderung der Planversion 70. Hier werden die Zuschusszahlungen an den EB KITA entsprechend der BEP für 2007 angepasst.

UA 4750 – S. 424

Anfrage eines Mitgliedes (StR) ob bei den 2,8 Mio € die Jugendpauschale etc. enthalten sind.

Die Verwaltung antwortete, dass allgemeine Zuweisungen enthalten sind.

UA 4811 – S. 425

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie hier die Rückholungsquote ist.

Herr Rochau antwortete, dass diese im Durchschnitt bei 12 – 15 % liegt; 1/3 der Einnahmen nach § 7 UVG werden an Land erstattet; 2/3 verbleiben bei der Kommune.

UA 9010 – S. 497

Die Verwaltung wies darauf hin, dass hier die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm enthalten sind.

Damit war der Verwaltungshaushalt behandelt worden.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion im Vermögenshaushalt auf.

UA 4600;4609 waren ohne Anfragen

UA 4640

Durch ein Mitglied (StR) wurde angefragt, ob bei einer möglichen Abrufung von EU-Mitteln eine Gegenfinanzierung klar ist, ist hierzu eine Vorplanung erfolgt.

Frau Szabados antwortete, dass PPP-Maßnahmen für KITA's und Schulen anlaufen, die dringend saniert werden müssen.

Für die evtl. Bereitstellung von EU-Mitteln, was gegenwärtig noch nicht klar ist, wurde Vorsorge in Höhe von 180.000 € getroffen. Eine Prioritätenliste über dringend sanierungsbedürftige KITA's wurde durch die Verwaltung bereits erstellt.

Durch ein Mitglied (StR) wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die damalige Prioritätenliste im UA Jugendhilfeplanung besprochen wurde, für den JHA sollte eine neue Liste vorbereitet und beschlossen werden.

Frau Szabados antwortete, dass erst abgewartet werden muss, worauf das Land seine Prioritäten setzt. Unter diesem Aspekt muss dann gesehen werden, ob unsere Prioritäten nochmals neu gesetzt werden müssen oder bleiben können. Erst wenn sich das Land hierzu geäußert hat, kann über die Mittelverwendung geredet werden.

UA 4750

Hier gab es keine Anfragen.

Frau Hanna Haupt sprach an, dass damit die 1. Lesung zum Haushalt des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie erfolgt ist und in der nächsten Sitzung ein Beschluss herbei geführt werden soll.

Herr Rochau verwies auf die Vorlage zur veränderten Planversion 70.

Frau Szabados merkte an, dass diese Vorlage im Zusammenhang mit dem Haushalt zu sehen ist und demzufolge ebenfalls im März beschlossen werden kann.

zu 4.1.1 Haushaltsplan 2007 - Änderung zur Planversion 70 Vorlage: IV/2007/06283

Dieser TOP wurde bereits beim TOP 4.1. mit angesprochen.

zu 5 Bericht zum Stand der Umsetzung des Fachkonzeptes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter

Herr Rochau sprach an, dass im Oktober 2006 das Fachkonzept des Fachbereiches beschlossen wurde, mit der Maßgabe der konsequenten Umsetzung der Leitziele der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik und der Haushaltskonsolidierung. Ein Paradigmawechsel sollte eingeleitet werden. Hierbei soll die primär präventive Arbeit gestärkt werden. Pro-Aktive-Systeme sollen in den Sozialräumen entwickelt werden. Die fachliche Arbeit in der Jugendhilfe soll anders als bisher erbracht werden. In den Gremien wurde jetzt über die Form der Umsetzung gesprochen. Eine sozialräumliche Aufbaustruktur erfolgte bereits und wurde zum 01.12.2006 vorgenommen. Eine Neuzusammensetzung der Mitarbeiter wurde ebenfalls vorgenommen.

Der gegenwärtige Stand wurde anhand einer Powerpointpräsentation vorgestellt.

Herr Rochau erläuterte die Struktur auf Fachbereichsleiter- als auch Ressortleiterebene. Er verwies darauf, dass sich die Qualitätssicherung verschoben hat. Bspw. liegt die Qualitätssicherung ASD und Pflegekinderdienst jetzt nicht mehr in Verantwortung bei Frau Heder sondern bei Herrn Wilhelm. Er benannte im Einzelnen die Verantwortlichkeiten.

Frau Brederlow erläuterte die Kommunikationsstruktur des örtlichen Trägers; die Bezeichnung der Teams wurde auf die entsprechenden Schwerpunkte gerichtet. Bspw. Team Service; sozialpädagogische Teams. Sie erläuterte die Aufgaben der Sozialraumplanungsgruppen, im November erfolgte im Unterausschuss dazu eine „Definition“, der Sitzungsmodus wird noch geklärt. Es gibt zwei Vorschläge zur Zusammensetzung der Sozialraumplanungsgruppen; einer von der Verwaltung und einer von der LIGA und dem Stadtkinder- und Jugendring. Diese Vorschläge wurden benannt. Insgesamt sollen in jeder Gruppe 12 Mitglieder mitwirken. Im nächsten UA Jugendhilfeplanung erhalten alle Mitglieder die Übersichten der Träger nach Sozialräumen sortiert. Im März 2007 bringt die Verwaltung die Vorschläge zur Besetzung ein.

Herr Wilhelm erläuterte die Pro-Aktiven-Systeme im Praxisbezug und die Quartiersrunden. Eine Arbeitsgruppe im Fachbereich wird hierzu ein Diskussionspapier erarbeiten. Eine Diskussion mit den Trägern der freien Jugendhilfe soll ab 26. März 2007 erfolgen. Im UA Jugendhilfeplanung und im JHA soll eine Vorstellung und Diskussion im April/Mai 2007 erfolgen. Die Quartiersrunden sollen im III. Quartal 2007 eingerichtet werden. Er erklärte die Begriffe „Pro-Aktives-System“ und „Quartiersrunden“.

Frau Schöps erläuterte die Balance Score Card/Steuerung. Sie sprach hierzu die Umsetzungsschritte und Perspektiven an. Gleichfalls verwies sie auf die Vision = Leitziel und Mission = Leitbild. Ziele sind hierbei: 1. Beteiligung, 2. Pro Aktive und Prävention, 3. Image und 4. HzE

Frau Hanna Haupt dankte der Verwaltung für den Bericht und forderte zur Diskussion auf.

Anfrage durch **ein Mitglied (Fr. Träger)** wie weit der Arbeitsstand zur Sozialraumbudgetierung über Deckungskreis ist.

Herr Rochau antwortete, dass eine Berechnung des Budgets auf Grund der Sozialraumdaten erfolgen soll. Dies muss einzeln noch umgesetzt und mit den Freien Trägern ausgehandelt werden.

Frau Szabados sprach an, dass wir über den Bereich Jugend jetzt näher in den Sozialräumen und Ressourcen und Problemen dran sind und sehen, wo die Stadt überall unterstützt. Bisher war innerhalb des Haushaltes nicht unbedingt sozialraum- oder zielgruppenorientiert geschaut worden. Jeder Bereich hat einen eigenen Förder"topf" und dies ist so nicht mehr angemessen. Der erste Schritt war die Umsetzung der Leitziele zur Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Stadt Halle. Im Sommer soll über eine gemeinsame Förderrichtlinie der sich tangierenden Bereiche (Kultur, Sport, Jugend, Bildung) diskutiert werden. Hierzu muss sich die Verwaltung mit den Stadträten zum gegebenen Zeitpunkt in Verbindung setzen.

Bevor ein Budget festgelegt wird, müssen alle Ressourcen berücksichtigt werden.

Anfrage durch ein **Mitglied (Fr. Träger)** wie dies im Haushaltsplan dargestellt wird.

Frau Szabados wies darauf hin, das nicht der dritte vor dem ersten Schritt gemacht werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt kann noch nicht gesagt werden, wie es zukünftig laufen wird.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie die Vorschläge für die Sozialplanungsgruppen entgegen genommen und angrenzende Bereiche einbezogen werden sollen.

Frau Brederlow antwortete, dass die freien Träger vor Ort natürlich einbezogen werden und dann kommen noch die sozialraumübergreifenden Träger dazu. Die Partner der angrenzenden Bereiche wurden bereits geklärt. Es wird sozialraumbezogen aktualisiert. Aus den Daten wird ersichtlich werden, welche Partner ins Boot geholt werden müssen. Dies wird ein Aushandlungsprozess mit den freien Trägern im UA Jugendhilfeplanung. Der UA wird darüber entscheiden.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde bemerkt, dass im UA Jugendhilfeplanung eine begrenzte Trägeranzahl mitwirkt. Die Träger sind in verschiedenen Sozialräumen tätig. Wer entscheidet über die Zuordnung der Träger.

Herr Rochau sprach an, dass ein Verhältnis von 5:4 ein produktiver Prozess der Aushandlung sein sollte.

Es gab keine weiteren Anfragen.

**zu 6 Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen der ARGE SGB II Halle GmbH (ARGE) und dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Halle im Rahmen des SGB II und des SGB VIII
Berichterstattung: Herr Rochau, Fachbereichsleiter Kinder, Jugend und Familie**

Zu Beginn des TOP wurde ein „Eckpunktepapier“ an alle Mitglieder verteilt.

Herr Rochau begrüßte Frau Simon von der ARGE SGB II Halle als Gast und teilte mit, dass sie entsprechend der Kooperationsvereinbarung zukünftig den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses als Vertreterin der ARGE als Gast teilnehmen wird.

Herr Rochau sprach an, dass die Kooperationsvereinbarung zwischen der ARGE und dem Fachbereich ein verlässliches Instrument darstellt, die einen wirtschaftlichen Mitteleinsatz als auch konkrete Schritte der Umsetzung möglich machen. Es werden regelmäßige Austausche zwischen der ARGE und dem Fachbereich durchgeführt. Er erläuterte die einzelnen Eckpunkte der Zusammenarbeit, welche dem vorliegenden Papier entnehmbar sind.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob diese Kooperationsvereinbarung in der ARGE vorgestellt wird.

Frau Szabados antwortete, dass diese Vereinbarung im Aufsichtsrat der ARGE SGB II noch besprochen wird.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) ob auch konkret über Maßnahmen für Jugendliche unter 25 Jahren etwas gesagt werden kann.

Frau Szabados wies darauf hin, dass dazu Frau Simon etwas sagen kann. Es muss aber gesehen werden, dass das Eine die ARGE SGB II und das Andere der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ist und die entsprechenden Gesetzeslagen berücksichtigt werden müssen.

Herr Rochau wies darauf hin, dass hierbei auch die Wirtschaft noch viel stärker einbezogen werden soll.

Frau Simon verwies eingangs darauf, dass nach zwei verschiedenen Rechtsgrundlagen gearbeitet wird. Der Fachbereich nach dem SGB VIII und die ARGE nach dem SGB II. Soziale Aspekte spielen eine große Rolle. Die Kooperationsvereinbarung richtet sich an Personenkreise, welche beide Unterzeichner tangieren. Es soll eine zielgerichtete und effiziente Arbeitsweise erfolgen. Es richtet sich nicht an jede Bedarfsgemeinschaft. Dort wo es erforderlich ist, erfolgt die Einbeziehung des Fachbereiches. Arbeitsbeginn der ARGE war der 27.02.2005.

Kontakte zum Fachbereich wurden frühzeitig gepflegt. Die Einbeziehung des ASD erfolgte frühzeitig. Mit den sozialpädagogischen Teams des Fachbereiches wird weiterhin eng zusammen gearbeitet. Ein Austausch zu Kindeswohlgefährdungen erfolgt ebenfalls rechtzeitig.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) inwieweit Schule hierbei eine Rolle spielt.

Frau Simon antwortete, dass es ein großes Problem ist, dass viele Kinder und Jugendliche noch nicht mal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Das hat nichts unbedingt mit deren Intelligenz zu tun. Es kann nicht Aufgabe der ARGE sein, bei Jugendlichen, die über

21 Jahre sind, Maßnahmen abzusprechen, damit ein Schulabschluss nachgeholt wird. Hier muss ein Arbeitskreis an einen Tisch. Schule ist noch nicht Partner der Kooperationsvereinbarung, es war gewollt aber bisher nicht möglich.

Herr Rochau sprach an, dass es in den Sozialräumen unterschiedliche Erfahrungen mit Schule gibt. Teilweise gibt es sehr gute Erfahrungen mit Schulen aber auch weniger gute. Dieses Jahr soll ein Arbeitsgremium unter Beteiligung von Schule geschaffen werden, um Probleme gemeinsam angehen zu können. Die Kooperationsvereinbarung betrifft die ARGE und den Fachbereich unter Einbeziehung von Wirtschaft.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) wie die Informationen untereinander erfolgen, wenn eine Verweigerung vorliegt und Sanktionen ausgesprochen werden mussten.

Frau Simon antwortete, dass durch die ARGE der Sozialarbeiter vor Ort über die Situation in Kenntnis gesetzt wird und die Familien aufsuchen wird. Es ist auch möglich, Sanktionen wieder zurück zu nehmen, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen. Es müssen Systeme aktiviert werden, um Hilfestellungen geben zu können. Der Sozialarbeiter kann Hausbesuche machen, was die Mitarbeiter der ARGE nicht können.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) zum Pkt. 5.4.2. Wenn SGB II bezogen wird, beinhaltet dies doch auch die Freistellung für KITA-Beiträge.

Frau Simon verwies auf den Unterschied vom SGB II zu SGB III hierbei. Wer sich an Trainingsmaßnahmen beteiligt, hat Anspruch auf KITA-Beitragsbefreiung.

Frau Schmidt ergänzte, dass als Berechnungsgrundlage 130 € angesehen werden. Wenn es diese Regelung nicht gäbe, wäre die Summe bei den Kita-Ermäßigungen

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge vor.

zu 8 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Herr Godenrath fragte nach dem Stand seiner Anfrage zur letzten Sitzung bzgl. der Anfrage aus dem Landtag zur Kofinanzierung von Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm; hier war die Stadt Halle (Saale) nicht mit Zahlen benannt worden.

Herr Rochau antwortete, dass im November 2006 vom Ministerium für Gesundheit und Soziales eine Anfrage an alle Landkreise und kreisfreien Städte im Land Sachsen-Anhalt zur Kofinanzierung von Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm in den Jahren 2005 und 2006 ging.

Diese Beantwortung wurde durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie formgerecht und mit umfangreichen Erläuterungen vorgenommen.

Die Jugendpauschale wurde mit Beginn des Jahres 2004 mit Zweckbindung in den kommunalen Finanzausgleich übernommen. Gleichzeitig wurde die bis dahin geltende Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an Gebietskörperschaften zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im LSA – Jugendpauschale – außer Kraft gesetzt. Damit entfiel die Verpflichtung der Kommunen zur Kofinanzierung. Die Zuarbeit beinhaltete entsprechend der Abforderung bei der Angabe zur Kofinanzierung den Vermerk „entfällt“ mit der vorgenannten Erläuterung. Gleichzeitig wurde ein Verweis auf die Spalte mit dem Mittelverweis getätigt, welche die Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2005 und 2006 über

die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm für Maßnahmen nach den §§ 11 bis 13 SGB VIII bereitgestellt hat .

Im Jahr 2005 waren dies: 2.432.523,62 € und

Im Jahr 2006 waren dies: 2.450.745,84 €.

Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 10 Mitteilungen

Frau Gellert teilte mit, dass durch den Stadtkinder- und Jugendring eine Broschüre zur Kinder- und Jugendarbeit herausgegeben wurde, wovon sie heute einige dabei hat, die bei Interesse mitgenommen werden können.

Herr Rochau teilte mit, dass ihm zu den Anfragen von Frau Wießner in der letzten Sitzung die entsprechenden Antworten vorliegen. Diese werden der Niederschrift angehängen.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Szabados

Bürgermeisterin

Gez. Kaupke

Protokollantin